Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 20. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Donnerstag, dem 05.09.2024

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

4. Offene und Aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit im Kreis Gütersloh 2024 im Rahmen des Wirksamkeitsdialogs - DS-Nr.: 6238 -

Die Verwaltung berichtete im Rahmen des Wirksamkeitsdialogs zur Offenen und erstmalig zur Aufsuchenden Kinder- und Jugendarbeit im Kreis Gütersloh (s. Anlage).

Bei der aufsuchenden Jugendarbeit handele es sich um die niederschwelligste Form der Jugendarbeit. Ziel sei zunächst die Kontaktaufnahme und die Klärung von Interessen bzgl. der Teilnahme an Aktivitäten. Gebe es bereits feste Treffpunkte, könnte dort der Kontakt gesucht und z.B. besprochen werden, warum sich die Jugendlichen im öffentlichen Raum aufhalten würden.

Weiteres Ziel sei die Initiierung von Gruppenarbeit bzw. die Entwicklung einer gemeinsamen Idee für die weitere Umsetzung. Die Gruppenarbeit selbst sei dann sehr unterschiedlich. Einige Gruppen würden sehr eigenständig arbeiten, andere würden Anleitung benötigen. Es gehe darum, den Jugendlichen eine Orientierung zu geben. Dementsprechend sei auch die Bandbreite von individuellen Begleitungsanfragen sehr unterschiedlich.

Die Verwaltung stellte weiter fest, dass Partizipation die Kern- bzw. Querschnittaufgabe der Kinder- und Jugendarbeit sei. Diese Aufgabe gerate zunehmend unter Druck, wenn Kinder und Jugendliche mit Einzelproblematiken auf die Fachkräfte zugehen würden. Bezogen auf die Personalausstattung sei erfreulicherweise festzustellen, dass die hauptamtlichen Stellen gut besetzt werden könnten. Die Gewinnung von nebenamtlichen Kräften gestalte sich zunehmend schwieriger. Letztlich sei Kinder- und Jugendarbeit wichtig, damit Demokratie erlebbar werde.

Die Vorsitzende bedankte sich für den Bericht und erkundigte sich, wie aufsuchende Jugendarbeit konkret aussehe. Die Verwaltung erläuterte, das Aufsuchen sei u.a. von der Persönlichkeit der Fachkraft und von der Gruppe selbst abhängig. In Halle habe es z.B. einen Hinweis aus der Verwaltung an die Fachkraft auf einen Treffpunkt einer fußballspielenden Gruppe gegeben. Der Gesprächseinstieg sei über das Mitbringen von Bällen erfolgt. Hieraus habe sich dann ein regelmäßiges Sportangebot und auch eine Ehrenamtsgruppe entwickelt, die jetzt bei anderen Angeboten unterstütze. Andere Jugendliche würden die Ansprache durch die Fachkräfte zunächst erstmal passiv wahrnehmen, um dann ggf. später um Rat zu fragen. Die Verwaltung bestätigte die Vermutung der Vorsitzenden, dass die Kontaktaufnahme ggf. schwieriger sein könne, wenn es beispielsweise um Drogenkonsum gehe.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion nach der Vernetzung der Fachkräfte untereinander erläuterte die Verwaltung, dass es einen Arbeitskreis der Fachkräfte – gemeinsam mit der Stadt Gütersloh – gebe. Auch tausche man die Materialien untereinander aus.

Die GRÜNE-Fraktion bedankte sich für den Bericht und stellte fest, dass der Kinder- und Jugendarbeit wegen der finanziellen Mittel und wegen des Fachkräftemangels keine rosigen Zeiten bevorstehen würden.

Die Verwaltung griff dies auf und erläuterte, dass offene Stellen bislang hätten gut besetzt werden können. Bei der Aufsuchenden Jugendarbeit sei dies etwas schwieriger, allerdings würden sich gerade die Kolleginnen und Kollegen sehr bewusst für diesen Arbeitsbereich entscheiden. Insgesamt hilfreich für die Gewinnung der Fachkräfte sei auch das Angebot von Plätzen für Anerkennungspraktikant/innen in den Jugendhäusern.

Mitglied Fritsch-Tumbusch erkundigte sich nach dem Grund dafür, warum die Jugendhäuser tlw. keine Kooperationsprojekte mit Schulen hätten. Die Verwaltung führte aus, im Vergleich zum Vorjahr gebe es bzgl. der Kooperationen mit Schule kaum Veränderungen. Es gebe Jugendhäuser, die mehrere Kooperationen mit Schulen hätten, andere wiederum weniger bzw. gar keine. Mitglied Fritsch-Tumbusch stellte fest, dass es zwischen Jugendhäusern und Schulen letztlich keine Konkurrenz gebe.

Die SPD-Fraktion bat darum, die Darstellung bzgl. der Nutzer/innen der Offenen Treffs der einzelnen Jugendhäuser im Sinne der Lesbarkeit zu vereinheitlichen bzw. zu vereinfachen. Die Verwaltung sagte zu, diesen Hinweis für den nächsten Bericht aufzunehmen.

Mitglied Lamers berichtete, dass sich der Kreisjugendring über die zusätzlich bewilligten Stellen und die Finanzausstattung freue. Es werde allerdings weiterhin dringender Unterstützungsbedarf für weitere Angebote und Aktivitäten, z.B. für Erholungsfreizeiten, gesehen. Hierzu sei man mit der Verwaltung im Gespräch.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion erläuterte die Verwaltung, dass 4 Kommunen noch keine aufsuchende Jugendarbeit hätten. Zwei Kommunen hätten sich allerdings schon bei einem offenen Austausch hierzu informiert.

Mitglied Kampwerth (CDU-Fraktion) berichtete für Versmold, dass es dort eine Gruppe gebe, die auffällig gewesen sei, um die Nachbarn hellhörig zu machen und zu provozieren. Grund hierfür sei gewesen, dass sie nicht gehört worden seien. Es gebe noch weitere Jugendliche, die als störend empfunden und nicht wahrgenommen würden. Mit der Aufsuchenden Jugendarbeit könne erreicht werden, dass es Orte gebe, wo diese sich willkommen fühlen würden. Die Verwaltung verwies darauf, dass die Stadt Halle beispielsweise 2 Unterstände für die Jugendlichen bauen würde.

Die Vorsitzende verwies darauf, dass der finanzielle Spielraum enger werde, wenn freiwillige Leistungen gekürzt würden. Kürzungen halte sie in diesem Kontext nicht für richtig. Die GRÜNE-Fraktion merkte an, dass es sich bei der Jugendarbeit um eine objektive Leistung der Jugendhilfe handeln würde. In den Kommunen handele es sich allerdings um eine freiwillige Leistung. Auf Nachfrage der GRÜNE-Fraktion antwortete die Vorsitzende, sie nehme eine diesbzgl. Diskussionen in den Kommunen wahr. Die GRÜNE-Fraktion hielt fest, dass der Jugendhilfeausschuss die Entwicklung dann gut – auch unter Berücksichtigung der angesprochenen Demokratiegesichtspunkte - im Auge behalten müsse. In den 90er Jahren sei im Osten die Jugendarbeit abgebaut worden. Die Jugendlichen seien dann von anderen Gruppierungen aufgefangen worden. Dies zeige sich jetzt auch bei dem Wahlergebnis.

Die Vorsitzende appellierte daraufhin an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, diese Erkenntnisse in die eigenen Kommunen mitzunehmen.

Ergebnis: Zur Kenntnis genommen